zugehen. Er wird sich daher zunächst gegen seinen Gegner in Säden wenden.

Wirtschaft

Weiteres Anwachen der Arbeitslosenzahl und der Selbstmorde

Über 150 000 Arbeitslose in Berlin — dazu 25 Selbstmorde in 3 Feiertagen.

Das Landesarbeitsamt Berlin veröffentlichte in der letzten Woche (20.—23. Dez.) einen kurzen „trockenen“ Bericht, in dem es ausgeführt wird:

Die rückläufige Bewegung auf dem Arbeitsmarkt ist noch nicht zum Stillstand gekommen. Die Steigerung der Arbeitslosigkeit hält bei einem weiteren Rückgang offener Stellen unverändert an. Bisher sind nach noch keine Anzeichen beobachtet worden, die auf eine baldige Besserung der Beschäftigungsverhältnisse schließen lassen. Es muß vielmehr damit gerechnet werden, daß die Arbeitslosigkeit noch weiter steigen wird. Betriebseinsparungen, -stilllegungen, Werksübernahmen und Einführungen von tarifarbeitsfähigen Personal sind.

Es waren 123 423 Personen bei den Arbeitsnachweisen eingetragen, gegen 141 282 der Vorwoche. Darunter befinden sich 107 954 (99 261) männliche und 45 469 (42 021) weibliche Personen. Unterstützung bezogen 70 399 (56 633) männliche und 21 372 (16 850) weibliche, insgesamt 91 771 (73 489) Personen.

Das bedeutet eine Zunahme von 12 000 Arbeitslosen in 3 Tagen. Dabei ist nach Angabe dieser Behörde mit einem weiteren Anwachen der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Daneben gibt es eine große Anzahl von Ausgesteuerten und Kurzarbeitern, die keinerlei Unterstützung erhalten, zumal nur der kleinste Teil der Arbeitslosen unterstützt wird. Trotzdem ist die Notlage in Berlin so groß, daß bereits jetzt über 9. Elvohner, im ganzen 360 000 Berliner Bewohner, — Sozialer, Krieger-Stellungsgeber in den Zeitungen melden sich nicht nur hundert, sondern tausende, so daß das Ueberfallkommando von Unternehmern gegen den fürchterlichen Andrang der Stellungslosen zu Hilfe gerufen werden muß.

Massenkündigungen — Die Betriebsräte des Reichsverbandes der deutschen Industrie schrieben am 22. Dezember, daß die deutsche Wirtschaft der Weltwirtschaft untergeordnet, so gehen die Unternehmer auch schon daran, es rücksichtslos und brutal durchzuführen. Der Verband der schlesischen Metallindustriellen in Breslau und der Verband der Metallindustriellen Niederschlesiens haben die Arbeiterorganisationen die Kündigung des zur Zeit in Kraft befindlichen Tarifvertrages zum 1. Januar zugestellt. Die Breslauer Metallindustriellen verlangen, daß die im letzten Lohnabkommen zugesicherte feste Lohnzulage von 15 Prozent für die Zeitarbeiter in der nächsten Lohnperiode umgewandelt wird. Das soll bedeuten, daß für den größten Teil der gelehrten Arbeiter der Stundenlohn von 68 auf 50 Pf. herabgesetzt wird. Damit ist es aber den Breslauer Metallindustriellen noch nicht genug; sie verlangen auch noch eine Herabsetzung sämtlicher Akkordsätze um 10 Prozent.

Die niederschlesischen Metallindustriellen verlangen ebenfalls eine Reduzierung der Akkordsätze von 59 auf 55 Pf. und die Umwandlung der festen Zulage für die Lohnarbeiter in eine bewegliche. Darüber hinaus wird der Abbau des Überstundenzuschlags für die 10. Arbeitsstunde von 25 auf 15 Prozent gefordert.

In Berlin wurde in der Karosseriebranche bereits dieser Abbauversuch unternommen, was nachstehende Meldung der „L. P.“ Nr. 51 bestätigt:

In der Berliner Karosseriebranche versuchten die Unternehmer, durch ein einheitliches Diktat in allen Betrieben die Löhne um 20 Pf. pro Stunde herabzusetzen. Begrüßlicherweise lehnten die Belegschaften es ab, sich zu den neuen Löhnen zu begeben. Aber die Unternehmer konnten ihre Absicht, die in der Monopollage, die die Arbeiter gegenüber einnehmen, liegt. Sie sperren die Arbeiter, die sich ihren Wünschen und ihrem Lohnrecht nicht fügen wollten, einfach aus.

Man sollte nun annehmen, daß die Herren Gewerkschaftsführer allen Grund hätten, angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftskrise darüber nachzudenken, wie die Monopollage der Unternehmer gebrochen werden, wie der Zustand erreicht werden kann, daß die Nachfrage nach Arbeitskräften mindestens ebenso groß ist, wie das Angebot von Arbeitskräften. Aber davon hören wir nichts. Die Gewerkschaften sind in der Gewerkschaftsfrage wenig. Dagegen glaubt der „Vorwärts“ den auf der Straße liegenden Karosseriearbeitern mit folgendem Vers helfen zu können:

Wenn die Unternehmer glauben, wegen der herrschenden Krise eine willkürliche Arbeiterschaft vor sich zu haben, die jedes Diktat mit in den Taschen gehaltenen Fäusten mindert, so täuschen sie sich ganz gewaltig. Die Arbeiterschaft der Karosseriebetriebe ist gewerkschaftlich geschlossen und geschult genug, auch trotz der tiefsten Not, die sie trifft, die Arbeiterschaft solche brutalen Anschläge der Unternehmer derart abzuwehren zu können, daß verschiedene der Herren, die da glauben, sich gesondt machen zu können, als wirtschaftliche Leichen vom Kampfplatz getrieben werden.

Diese großen Töne des „Vorwärts“ sind nur radikale Phrasen, um die wirklichen harten Tatsachen zu verschleiern. Selbstverständlich werden die Unternehmer nichts unversucht lassen, um gemäß dem Wirtschaftsdiktat des Reichsverbandes der deutschen Industrie die Arbeiterklasse niederzuschlagen, was umso leichter gelingen wird, als die einzelnen Gruppen allein kämpfen. Nur in revolutionären Betriebsorganisationen zusammengefaßte Arbeiter unter ihrer selbstgewählten Kampflitze (ohne Gewerkschaftsbezug), gepaart mit revolutionärem Klassenbewußtsein, könnten in der Niedergangsperiode des Kapitalismus den Kampf gegen die Unternehmer aufnehmen, weiter ausdehnen und endgültig ausfechten.

und dem weiteren verhängnisvollen Anwachen der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken und dem Zusammenbruch der Betriebe zu steuern.

Kleiner Wirtschaftskurier

Das Zentralkomitee und der Rat der Volkskommissare der SSR, haben eine Verordnung erlassen, welche die rechtliche Stellung der Handelsagenten regelt. Das beweist, daß diese Gewerbetreibende schon in solch großer Zahl vorhanden sind, daß ihre Tätigkeit gesetzlich geregelt werden muß. Auch die staatlichen Handels- und Industrieunternehmen bedienen sich ihrer, wie die Verordnung ausspricht.

Die Verträge über Vererbung der Erdöl- und Steinkohlkonzessionen auf Nordsachal in Japan sind am 14. Dezember zwischen diesem und Rußland unterzeichnet worden.

Nach einer Meldung der „Times“ aus New York schloß Ford Motor Company mit der russischen Regierung einen Kontrakt wegen Lieferung von 10 000 Zupmotoren mit Ausrüstung, Pflügen und Anker für zusammen 6 Millionen Dollar ab.

Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ sei in amerkanischen und anderen Finanzkreisen z. Z. auf keine Unterstützung bei der Unterbringung der deutschen Eisenbahnbonds zu rechnen.

Das amerikanische Repräsentantenhaus hat eine Gesetzesvorlage betreffend die Verminderung der Steuern um 325 Millionen Dollar angenommen.

Die belgische Kammer hat einen Gesetzentwurf angenommen, durch den die Regierung ermächtigt wird, eine Anleihe in Höhe von 500 Millionen für den Konko aufzulösen.

Der in Amsterdam aufgelegte Teil der deutschen Kallianelle und der Osmanelle wurde überzeichnet. Auch der in der Schweiz aufgelegte Teil der Kallianelle wurde überzeichnet.

Die Bank für Textilindustrie A.-G. Berlin (Blumenstein-Gruppe) hat mit einem Londoner Bankhaus eine 1 Millionen-Pfund-Anleihe abgeschlossen.

Die „Vlaar“ (Der Reichstanz: Vereinigte Industrieunternehmen A.-G.) hat bei Harris, Forbes & Co. in New York eine 6 Millionen Dollar-Anleihe aufgenommen.

Am 18. Dezember wird in Amsterdam die holländische Tranche 7. pro Goldobligationen der „Gute Hoffnung“ aufgelegt werden.

Der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller fordert von der Regierung Staatshilfe in Gestalt von Steuererlaß und direktem Staatszuschuß zur Förderung der Ausfuhr, da die Selbsthilfe der Konzerne und Kartelle nicht mehr ausreicht.

Aus der Partei

Gemeinsame Mitgliederversammlung der KAP und AAU von Groß-Berlin

Am 18. Dezember 1925 hielt die Ortsgruppe der KAP und AAU von Groß-Berlin eine gemeinsame Mitgliederversammlung ab mit der Tagesordnung: „Die Einheitsbestrebungen“ und der AAU und der Essener Richtung.“

Der Referent, ein Genosse vom GHA, der KAP, legte in kurzen Anspruchsformen die Situation in der Frage der Einigung mit uns naheliegenden Gruppen: KAP, Essener Richtung und AAU (Einheitsorganisation) dar und beleuchtete die Notwendigkeit der Einigung der linksrevolutionären Organisationen bei der gegenwärtigen Lage der Arbeiterklasse in Deutschland. In Essen sind Bestrebungen im Gange, die beiden Richtungen, KAP, Essener Richtung und unsere Parteigruppe, zu verschmelzen, wobei allerdings eine Vereinigung von Organisation und Union in ihrer Presse, z. B. „KAZ“, Nr. 99 (Dez. 1925) und „Kampfruf“ Nr. 48 und 51-52.

In der darauffolgenden Aussprache wurden von verschiedenen Rednern die Notwendigkeiten, aber auch die Schwierigkeiten der geplanten Einigungsversuche eingehend erörtert und Wege aufgezeigt, in welcher Weise diese Bestrebungen zu verwerten und fruchtbar zu machen sind. Vorschläge von endgültigen organisatorischen Maßnahmen zur Einigung, sowie die weitere Bearbeitung und Verfolgung dieser Bestrebungen wurden für notwendig erklärt und folgende Entschlüsse angenommen:

Die gemeinsame Mitgliederversammlung der KAP und AAU, Groß-Berlins vom 18. Dezember 1925 beauftragt die Körperschaften ihrer Organisationen mit der Initiative zur Einleitung einer prinzipiellen politischen und organisatorischen Vereinigung des marxistisch-linksradikalen Proletariats. Diese Initiative muß getragen sein von dem Leitmotiv: „Ersi Klarheit, dann Einheit“ und der Ausdruck einer Entlassung revolutionär-politischer Aktivität sein. Sie hat zur Voraussetzung eine gründliche Aussprache über ihre prinzipiellen, politischen wie organisatorischen Voraussetzungen und Grundlagen. In diesem Sinne hält die Versammlung einen baldigen Abschluß der inorganisationspolitischen Debatte über die Taktik für notwendig.

Wirtschaftskongress

Nach Londoner Presse-Meldungen aus Genf, hat der Sekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, im Auftrag des Völkerbundesrates 35 Sachverständige aus Industrie, Wissenschaft und Handel zu einer vorbereitenden Besprechung für die kommende Weltwirtschaftskonferenz eingeladen. Diese Kommission soll im Februar 1926 in Genf ihre Arbeiten beginnen. Die Sachverständigen verteilen sich auf 15 Länder, und zwar entfallen je drei auf Deutschland, die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und Italien. In über den Japan, Belgien, Spanien, Schweden, Uruguay, Brasilien, Indien und die Tschechoslowakei mit je einem oder zwei Sachverständigen vertreten. Diese Delegierten sollen nicht durch ihre Regierungen ernannt werden, sondern durch die Autorität der Konferenz erhalten. Eine Einladung nach Rußland ist erst für die endgültige Konferenz im Oktober nächsten Jahres in Aussicht genommen.

Die Anregungen einer Weltwirtschaftskonferenz, die mit Zollvereinfachungen und Verteilung der Absatzmärkte unter den einzelnen nationalen Kapitalismus beginnen und mit den Vereinigten Staaten von Europa enden sollen, werden in Locomo von Frankreich gemacht, von demselben Frankreich das mehr als 50 Jahre um die Sicherheit seiner politischen Grenzen und um seinen Markt zitterte. Pazifisten und andere Illusionisten betrachten die „Jahre“ als eine Lehre, nicht der 15 Millionen Tote, aber des wirtschaftlichen Trümmerfeldes infolge des Weltkrieges. Es ist nur ein Glück, daß das „Panorama“ eine Illusion, nicht aber das ewige Leben des Kapitalismus bedeutet. Das kapitalistische Produktionssystem braucht als Lebenselenen immerwährende Ausschöpfung der Welt aber nicht größer wird durch Organisation von Staatengebilden, der erwachende Kolonialkapitalismus das Abendland immer mehr ausschaltet und die Warenberge der amerikanisierten europäischen Industrie nicht auf den Mond geschleudert werden können, kann dies „Panorama“ nur ein Zusammenschluß von Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse sein, um durch Lohndrückung den Profit zu erhalten. Dies aber zerstört die Kaufkraft, verengt die Produktionsbasis, verelendet das Proletariat, und wird es zwingen, den Kampf aufzunehmen für seiner Befreiung aus der Lohnknechtschaft.

Der Schrei nach Diktatur

Kapitalistische oder proletarische Diktatur? Proletariat! Ihr müßt Euch entscheiden!

Mit dem Beginn dieses Jahres liegt das erste Viertel des 20. Jahrhunderts nach bürgerlicher Zeitrechnung hinter uns, so daß ein kurzer Rückblick auf die letzten 25 Jahre der kapitalistischen Entwicklung geworfen werden kann. Am Anfang dieses Jahrhunderts stand der Kapitalismus in den hauptsächlichsten Industrieländern Europas und Amerikas nach dem riesenhaften Aufschwung der letzten 50 Jahre des 19. Jahrhunderts noch in seiner Blütezeit. Aber schon gegen Ende des ersten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts offenbarten sich immer scharfer die wirtschaftlichen und politischen Widersprüche der einzelnen imperialistischen Staaten Europas, die bei dem gewaltigen Ringen um die Rohstoff- und Absatzmärkte der Welt durch militärische Gewalt im Weltkrieg gelöst werden sollten. Doch dieser Lösungsversuch zugunsten einer imperialistischen Macht schlug fehl. Die jahrelange systematische Vernichtung von Produktions- und Verkehrsmitteln, sowie von Menschenmaterial im Weltkrieg, führte in fast allen kapitalistischen Ländern, sowohl der siegreichen wie der besiegten, zu einer Verschärfung der Widersprüche des Kapitalismus. Dadurch traten besonders in Europa eine dauernde Niedergangsepoche der Profitwirtschaft, Verfall und Zerstückelung der imperialistischen Welt, eine organische Fortbildung des Kapitalismus nicht mehr zuließen, sondern mit allen ihren Anzeichen, wie Absatzkrisen, Kreditkrisen, dauernde Massenarbeitslosigkeit und Massenelend, Betriebsstilllegungen und Produktionseinschränkungen u. a. auf die Todeskrise des Kapitalismus hinwies.

Der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller fordert von der Regierung Staatshilfe in Gestalt von Steuererlaß und direktem Staatszuschuß zur Förderung der Ausfuhr, da die Selbsthilfe der Konzerne und Kartelle nicht mehr ausreicht.

Die gemeinsame Mitgliederversammlung der KAP und AAU, Groß-Berlins vom 18. Dezember 1925 beauftragt die Körperschaften ihrer Organisationen mit der Initiative zur Einleitung einer prinzipiellen politischen und organisatorischen Vereinigung des marxistisch-linksradikalen Proletariats. Diese Initiative muß getragen sein von dem Leitmotiv: „Ersi Klarheit, dann Einheit“ und der Ausdruck einer Entlassung revolutionär-politischer Aktivität sein. Sie hat zur Voraussetzung eine gründliche Aussprache über ihre prinzipiellen, politischen wie organisatorischen Voraussetzungen und Grundlagen. In diesem Sinne hält die Versammlung einen baldigen Abschluß der inorganisationspolitischen Debatte über die Taktik für notwendig.

Die gemeinsame Mitgliederversammlung der KAP und AAU, Groß-Berlins vom 18. Dezember 1925 beauftragt die Körperschaften ihrer Organisationen mit der Initiative zur Einleitung einer prinzipiellen politischen und organisatorischen Vereinigung des marxistisch-linksradikalen Proletariats. Diese Initiative muß getragen sein von dem Leitmotiv: „Ersi Klarheit, dann Einheit“ und der Ausdruck einer Entlassung revolutionär-politischer Aktivität sein. Sie hat zur Voraussetzung eine gründliche Aussprache über ihre prinzipiellen, politischen wie organisatorischen Voraussetzungen und Grundlagen. In diesem Sinne hält die Versammlung einen baldigen Abschluß der inorganisationspolitischen Debatte über die Taktik für notwendig.

Die gemeinsame Mitgliederversammlung der KAP und AAU, Groß-Berlins vom 18. Dezember 1925 beauftragt die Körperschaften ihrer Organisationen mit der Initiative zur Einleitung einer prinzipiellen politischen und organisatorischen Vereinigung des marxistisch-linksradikalen Proletariats. Diese Initiative muß getragen sein von dem Leitmotiv: „Ersi Klarheit, dann Einheit“ und der Ausdruck einer Entlassung revolutionär-politischer Aktivität sein. Sie hat zur Voraussetzung eine gründliche Aussprache über ihre prinzipiellen, politischen wie organisatorischen Voraussetzungen und Grundlagen. In diesem Sinne hält die Versammlung einen baldigen Abschluß der inorganisationspolitischen Debatte über die Taktik für notwendig.

Die gemeinsame Mitgliederversammlung der KAP und AAU, Groß-Berlins vom 18. Dezember 1925 beauftragt die Körperschaften ihrer Organisationen mit der Initiative zur Einleitung einer prinzipiellen politischen und organisatorischen Vereinigung des marxistisch-linksradikalen Proletariats. Diese Initiative muß getragen sein von dem Leitmotiv: „Ersi Klarheit, dann Einheit“ und der Ausdruck einer Entlassung revolutionär-politischer Aktivität sein. Sie hat zur Voraussetzung eine gründliche Aussprache über ihre prinzipiellen, politischen wie organisatorischen Voraussetzungen und Grundlagen. In diesem Sinne hält die Versammlung einen baldigen Abschluß der inorganisationspolitischen Debatte über die Taktik für notwendig.

Die gemeinsame Mitgliederversammlung der KAP und AAU, Groß-Berlins vom 18. Dezember 1925 beauftragt die Körperschaften ihrer Organisationen mit der Initiative zur Einleitung einer prinzipiellen politischen und organisatorischen Vereinigung des marxistisch-linksradikalen Proletariats. Diese Initiative muß getragen sein von dem Leitmotiv: „Ersi Klarheit, dann Einheit“ und der Ausdruck einer Entlassung revolutionär-politischer Aktivität sein. Sie hat zur Voraussetzung eine gründliche Aussprache über ihre prinzipiellen, politischen wie organisatorischen Voraussetzungen und Grundlagen. In diesem Sinne hält die Versammlung einen baldigen Abschluß der inorganisationspolitischen Debatte über die Taktik für notwendig.

Die gemeinsame Mitgliederversammlung der KAP und AAU, Groß-Berlins vom 18. Dezember 1925 beauftragt die Körperschaften ihrer Organisationen mit der Initiative zur Einleitung einer prinzipiellen politischen und organisatorischen Vereinigung des marxistisch-linksradikalen Proletariats. Diese Initiative muß getragen sein von dem Leitmotiv: „Ersi Klarheit, dann Einheit“ und der Ausdruck einer Entlassung revolutionär-politischer Aktivität sein. Sie hat zur Voraussetzung eine gründliche Aussprache über ihre prinzipiellen, politischen wie organisatorischen Voraussetzungen und Grundlagen. In diesem Sinne hält die Versammlung einen baldigen Abschluß der inorganisationspolitischen Debatte über die Taktik für notwendig.

Die gemeinsame Mitgliederversammlung der KAP und AAU, Groß-Berlins vom 18. Dezember 1925 beauftragt die Körperschaften ihrer Organisationen mit der Initiative zur Einleitung einer prinzipiellen politischen und organisatorischen Vereinigung des marxistisch-linksradikalen Proletariats. Diese Initiative muß getragen sein von dem Leitmotiv: „Ersi Klarheit, dann Einheit“ und der Ausdruck einer Entlassung revolutionär-politischer Aktivität sein. Sie hat zur Voraussetzung eine gründliche Aussprache über ihre prinzipiellen, politischen wie organisatorischen Voraussetzungen und Grundlagen. In diesem Sinne hält die Versammlung einen baldigen Abschluß der inorganisationspolitischen Debatte über die Taktik für notwendig.

Die gemeinsame Mitgliederversammlung der KAP und AAU, Groß-Berlins vom 18. Dezember 1925 beauftragt die Körperschaften ihrer Organisationen mit der Initiative zur Einleitung einer prinzipiellen politischen und organisatorischen Vereinigung des marxistisch-linksradikalen Proletariats. Diese Initiative muß getragen sein von dem Leitmotiv: „Ersi Klarheit, dann Einheit“ und der Ausdruck einer Entlassung revolutionär-politischer Aktivität sein. Sie hat zur Voraussetzung eine gründliche Aussprache über ihre prinzipiellen, politischen wie organisatorischen Voraussetzungen und Grundlagen. In diesem Sinne hält die Versammlung einen baldigen Abschluß der inorganisationspolitischen Debatte über die Taktik für notwendig.

Die gemeinsame Mitgliederversammlung der KAP und AAU, Groß-Berlins vom 18. Dezember 1925 beauftragt die Körperschaften ihrer Organisationen mit der Initiative zur Einleitung einer prinzipiellen politischen und organisatorischen Vereinigung des marxistisch-linksradikalen Proletariats. Diese Initiative muß getragen sein von dem Leitmotiv: „Ersi Klarheit, dann Einheit“ und der Ausdruck einer Entlassung revolutionär-politischer Aktivität sein. Sie hat zur Voraussetzung eine gründliche Aussprache über ihre prinzipiellen, politischen wie organisatorischen Voraussetzungen und Grundlagen. In diesem Sinne hält die Versammlung einen baldigen Abschluß der inorganisationspolitischen Debatte über die Taktik für notwendig.

Die gemeinsame Mitgliederversammlung der KAP und AAU, Groß-Berlins vom 18. Dezember 1925 beauftragt die Körperschaften ihrer Organisationen mit der Initiative zur Einleitung einer prinzipiellen politischen und organisatorischen Vereinigung des marxistisch-linksradikalen Proletariats. Diese Initiative muß getragen sein von dem Leitmotiv: „Ersi Klarheit, dann Einheit“ und der Ausdruck einer Entlassung revolutionär-politischer Aktivität sein. Sie hat zur Voraussetzung eine gründliche Aussprache über ihre prinzipiellen, politischen wie organisatorischen Voraussetzungen und Grundlagen. In diesem Sinne hält die Versammlung einen baldigen Abschluß der inorganisationspolitischen Debatte über die Taktik für notwendig.

Die gemeinsame Mitgliederversammlung der KAP und AAU, Groß-Berlins vom 18. Dezember 1925 beauftragt die Körperschaften ihrer Organisationen mit der Initiative zur Einleitung einer prinzipiellen politischen und organisatorischen Vereinigung des marxistisch-linksradikalen Proletariats. Diese Initiative muß getragen sein von dem Leitmotiv: „Ersi Klarheit, dann Einheit“ und der Ausdruck einer Entlassung revolutionär-politischer Aktivität sein. Sie hat zur Voraussetzung eine gründliche Aussprache über ihre prinzipiellen, politischen wie organisatorischen Voraussetzungen und Grundlagen. In diesem Sinne hält die Versammlung einen baldigen Abschluß der inorganisationspolitischen Debatte über die Taktik für notwendig.

Die gemeinsame Mitgliederversammlung der KAP und AAU, Groß-Berlins vom 18. Dezember 1925 beauftragt die Körperschaften ihrer Organisationen mit der Initiative zur Einleitung einer prinzipiellen politischen und organisatorischen Vereinigung des marxistisch-linksradikalen Proletariats. Diese Initiative muß getragen sein von dem Leitmotiv: „Ersi Klarheit, dann Einheit“ und der Ausdruck einer Entlassung revolutionär-politischer Aktivität sein. Sie hat zur Voraussetzung eine gründliche Aussprache über ihre prinzipiellen, politischen wie organisatorischen Voraussetzungen und Grundlagen. In diesem Sinne hält die Versammlung einen baldigen Abschluß der inorganisationspolitischen Debatte über die Taktik für notwendig.

Die gemeinsame Mitgliederversammlung der KAP und AAU, Groß-Berlins vom 18. Dezember 1925 beauftragt die Körperschaften ihrer Organisationen mit der Initiative zur Einleitung einer prinzipiellen politischen und organisatorischen Vereinigung des marxistisch-linksradikalen Proletariats. Diese Initiative muß getragen sein von dem Leitmotiv: „Ersi Klarheit, dann Einheit“ und der Ausdruck einer Entlassung revolutionär-politischer Aktivität sein. Sie hat zur Voraussetzung eine gründliche Aussprache über ihre prinzipiellen, politischen wie organisatorischen Voraussetzungen und Grundlagen. In diesem Sinne hält die Versammlung einen baldigen Abschluß der inorganisationspolitischen Debatte über die Taktik für notwendig.

Die gemeinsame Mitgliederversammlung der KAP und AAU, Groß-Berlins vom 18. Dezember 1925 beauftragt die Körperschaften ihrer Organisationen mit der Initiative zur Einleitung einer prinzipiellen politischen und organisatorischen Vereinigung des marxistisch-linksradikalen Proletariats. Diese Initiative muß getragen sein von dem Leitmotiv: „Ersi Klarheit, dann Einheit“ und der Ausdruck einer Entlassung revolutionär-politischer Aktivität sein. Sie hat zur Voraussetzung eine gründliche Aussprache über ihre prinzipiellen, politischen wie organisatorischen Voraussetzungen und Grundlagen. In diesem Sinne hält die Versammlung einen baldigen Abschluß der inorganisationspolitischen Debatte über die Taktik für notwendig.

Die gemeinsame Mitgliederversammlung der KAP und AAU, Groß-Berlins vom 18. Dezember 1925 beauftragt die Körperschaften ihrer Organisationen mit der Initiative zur Einleitung einer prinzipiellen politischen und organisatorischen Vereinigung des marxistisch-linksradikalen Proletariats. Diese Initiative muß getragen sein von dem Leitmotiv: „Ersi Klarheit, dann Einheit“ und der Ausdruck einer Entlassung revolutionär-politischer Aktivität sein. Sie hat zur Voraussetzung eine gründliche Aussprache über ihre prinzipiellen, politischen wie organisatorischen Voraussetzungen und Grundlagen. In diesem Sinne hält die Versammlung einen baldigen Abschluß der inorganisationspolitischen Debatte über die Taktik für notwendig.

Die gemeinsame Mitgliederversammlung der KAP und AAU, Groß-Berlins vom 18. Dezember 1925 beauftragt die Körperschaften ihrer Organisationen mit der Initiative zur Einleitung einer prinzipiellen politischen und organisatorischen Vereinigung des marxistisch-linksradikalen Proletariats. Diese Initiative muß getragen sein von dem Leitmotiv: „Ersi Klarheit, dann Einheit“ und der Ausdruck einer Entlassung revolutionär-politischer Aktivität sein. Sie hat zur Voraussetzung eine gründliche Aussprache über ihre prinzipiellen, politischen wie organisatorischen Voraussetzungen und Grundlagen. In diesem Sinne hält die Versammlung einen baldigen Abschluß der inorganisationspolitischen Debatte über die Taktik für notwendig.

Die gemeinsame Mitgliederversammlung der KAP und AAU, Groß-Berlins vom 18. Dezember 1925 beauftragt die Körperschaften ihrer Organisationen mit der Initiative zur Einleitung einer prinzipiellen politischen und organisatorischen Vereinigung des marxistisch-linksradikalen Proletariats. Diese Initiative muß getragen sein von dem Leitmotiv: „Ersi Klarheit, dann Einheit“ und der Ausdruck einer Entlassung revolutionär-politischer Aktivität sein. Sie hat zur Voraussetzung eine gründliche Aussprache über ihre prinzipiellen, politischen wie organisatorischen Voraussetzungen und Grundlagen. In diesem Sinne hält die Versammlung einen baldigen Abschluß der inorganisationspolitischen Debatte über die Taktik für notwendig.

Die gemeinsame Mitgliederversammlung der KAP und AAU, Groß-Berlins vom 18. Dezember 1925 beauftragt die Körperschaften ihrer Organisationen mit der Initiative zur Einleitung einer prinzipiellen politischen und organisatorischen Vereinigung des marxistisch-linksradikalen Proletariats. Diese Initiative muß getragen sein von dem Leitmotiv: „Ersi Klarheit, dann Einheit“ und der Ausdruck einer Entlassung revolutionär-politischer Aktivität sein. Sie hat zur Voraussetzung eine gründliche Aussprache über ihre prinzipiellen, politischen wie organisatorischen Voraussetzungen und Grundlagen. In diesem Sinne hält die Versammlung einen baldigen Abschluß der inorganisationspolitischen Debatte über die Taktik für notwendig.

7. Jahrg. Nr. 2

Die gemeinsame Mitgliederversammlung der KAP und AAU, Groß-Berlins vom 18. Dezember 1925 beauftragt die Körperschaften ihrer Organisationen mit der Initiative zur Einleitung einer prinzipiellen politischen und organisatorischen Vereinigung des marxistisch-linksradikalen Proletariats. Diese Initiative muß getragen sein von dem Leitmotiv: „Ersi Klarheit, dann Einheit“ und der Ausdruck einer Entlassung revolutionär-politischer Aktivität sein. Sie hat zur Voraussetzung eine gründliche Aussprache über ihre prinzipiellen, politischen wie organisatorischen Voraussetzungen und Grundlagen. In diesem Sinne hält die Versammlung einen baldigen Abschluß der inorganisationspolitischen Debatte über die Taktik für notwendig.

Die gemeinsame Mitgliederversammlung der KAP und AAU, Groß-Berlins vom 18. Dezember 1925 beauftragt die Körperschaften ihrer Organisationen mit der Initiative zur Einleitung einer prinzipiellen politischen und organisatorischen Vereinigung des marxistisch-linksradikalen Proletariats. Diese Initiative muß getragen sein von dem Leitmotiv: „Ersi Klarheit, dann Einheit“ und der Ausdruck einer Entlassung revolutionär-politischer Aktivität sein. Sie hat zur Voraussetzung eine gründliche Aussprache über ihre prinzipiellen, politischen wie organisatorischen Voraussetzungen und Grundlagen. In diesem Sinne hält die Versammlung einen baldigen Abschluß der inorganisationspolitischen Debatte über die Taktik für notwendig.

Die gemeinsame Mitgliederversammlung der KAP und AAU, Groß-Berlins vom 18. Dezember 1925 beauftragt die Körperschaften ihrer Organisationen mit der Initiative zur Einleitung einer prinzipiellen politischen und organisatorischen Vereinigung des marxistisch-linksradikalen Proletariats. Diese Initiative muß getragen sein von dem Leitmotiv: „Ersi Klarheit, dann Einheit“ und der Ausdruck einer Entlassung revolutionär-politischer Aktivität sein. Sie hat zur Voraussetzung eine gründliche Aussprache über ihre prinzipiellen, politischen wie organisatorischen Voraussetzungen und Grundlagen. In diesem Sinne hält die Versammlung einen baldigen Abschluß der inorganisationspolitischen Debatte über die Taktik für notwendig.

Die gemeinsame Mitgliederversammlung der KAP und AAU, Groß-Berlins vom 18. Dezember 1925 beauftragt die Körperschaften ihrer Organisationen mit der Initiative zur Einleitung einer prinzipiellen politischen und organisatorischen Vereinigung des marxistisch-linksradikalen Proletariats. Diese Initiative muß getragen sein von dem Leitmotiv: „Ersi Klarheit, dann Einheit“ und der Ausdruck einer Entlassung revolutionär-politischer Aktivität sein. Sie hat zur Voraussetzung eine gründliche Aussprache über ihre prinzipiellen, politischen wie organisatorischen Voraussetzungen und Grundlagen. In diesem Sinne hält die Versammlung einen baldigen Abschluß der inorganisationspolitischen Debatte über die Taktik für notwendig.

Die gemeinsame Mitgliederversammlung der KAP und AAU, Groß-Berlins vom 18. Dezember 1925 beauftragt die Körperschaften ihrer Organisationen mit der Initiative zur Einleitung einer prinzipiellen politischen und organisatorischen Vereinigung des marxistisch-linksradikalen Proletariats. Diese Initiative muß getragen sein von dem Leitmotiv: „Ersi Klarheit, dann Einheit“ und der Ausdruck einer Entlassung revolutionär-politischer Aktivität sein. Sie hat zur Voraussetzung eine gründliche Aussprache über ihre prinzipiellen, politischen wie organisatorischen Voraussetzungen und Grundlagen. In diesem Sinne hält die Versammlung einen baldigen Abschluß der inorganisationspolitischen Debatte über die Taktik für notwendig.

Die gemeinsame Mitgliederversammlung der KAP und AAU, Groß-Berlins vom 18. Dezember 1925 beauftragt die Körperschaften ihrer Organisationen mit der Initiative zur Einleitung einer prinzipiellen politischen und organisatorischen Vereinigung des marxistisch-linksradikalen Proletariats. Diese Initiative muß getragen sein von dem Leitmotiv: „Ersi Klarheit, dann Einheit“ und der Ausdruck einer Entlassung revolutionär-politischer Aktivität sein. Sie hat zur Voraussetzung eine gründliche Aussprache über ihre prinzipiellen, politischen wie organisatorischen Voraussetzungen und Grundlagen. In diesem Sinne hält die Versammlung einen baldigen Abschluß der inorganisationspolitischen Debatte über die Taktik für notwendig.

Die gemeinsame Mitgliederversammlung der KAP und AAU, Groß-Berlins vom 18. Dezember 1925 beauftragt die Körperschaften ihrer Organisationen mit der Initiative zur Einleitung einer prinzipiellen politischen und organisatorischen Vereinigung des marxistisch-linksradikalen Proletariats. Diese Initiative muß getragen sein von dem Leitmotiv: „Ersi Klarheit, dann Einheit“ und der Ausdruck einer Entlassung revolutionär-politischer Aktivität sein. Sie hat zur Voraussetzung eine gründliche Aussprache über ihre prinzipiellen, politischen wie organisatorischen Voraussetzungen und Grundlagen. In diesem Sinne hält die Versammlung einen baldigen Abschluß der inorganisationspolitischen Debatte über die Taktik für notwendig.

Die gemeinsame Mitgliederversammlung der KAP und AAU, Groß-Berlins vom 18. Dezember 1925 beauftragt die Körperschaften ihrer Organisationen mit der Initiative zur Einleitung einer prinzipiellen politischen und organisatorischen Vereinigung des marxistisch-linksradikalen Proletariats. Diese Initiative muß getragen sein von dem Leitmotiv: „Ersi Klarheit, dann Einheit“ und der Ausdruck einer Entlassung revolutionär-politischer Aktivität sein. Sie hat zur Voraussetzung eine gründliche Aussprache über ihre prinzipiellen, politischen wie organisatorischen Voraussetzungen und Grundlagen. In diesem Sinne hält die Versammlung einen baldigen Abschluß der inorganisationspolitischen Debatte über die Taktik für notwendig.

Die gemeinsame Mitgliederversammlung der KAP und AAU, Groß-Berlins vom 18. Dezember 1925 beauftragt die Körperschaften ihrer Organisationen mit der Initiative zur Einleitung einer prinzipiellen politischen und organisatorischen Vereinigung des marxistisch-linksradikalen Proletariats. Diese Initiative muß getragen sein von dem Leitmotiv: „Ersi Klarheit, dann Einheit“ und der Ausdruck einer Entlassung revolutionär-politischer Aktivität sein. Sie hat zur Voraussetzung eine gründliche Aussprache über ihre prinzipiellen, politischen wie organisatorischen Voraussetzungen und Grundlagen. In diesem Sinne hält die Versammlung einen baldigen Abschluß der inorganisationspolitischen Debatte über die Taktik für notwendig.

Die gemeinsame Mitgliederversammlung der KAP und AAU, Groß-Berlins vom 18. Dezember 1925 beauftragt die Körperschaften ihrer Organisationen mit der Initiative zur Einleitung einer prinzipiellen politischen und organisatorischen Vereinigung des marxistisch-linksradikalen Proletariats. Diese Initiative muß getragen sein von dem Leitmotiv: „Ersi Klarheit, dann Einheit“ und der Ausdruck einer Entlassung revolutionär-politischer Aktivität sein. Sie hat zur Voraussetzung eine gründliche Aussprache über ihre prinzipiellen, politischen wie organisatorischen Voraussetzungen und Grundlagen. In diesem Sinne hält die Versammlung einen baldigen Abschluß der inorganisationspolitischen Debatte über die Taktik für notwendig.

Die gemeinsame Mitgliederversammlung der KAP und AAU, Groß-Berlins vom 18. Dezember 1925 beauftragt die Körperschaften ihrer Organisationen mit der Initiative zur Einleitung einer prinzipiellen politischen und organisatorischen Vereinigung des marxistisch-linksradikalen Proletariats. Diese Initiative muß getragen sein von dem Leitmotiv: „Ersi Klarheit, dann Einheit“ und der Ausdruck einer Entlassung revolutionär-politischer Aktivität sein. Sie hat zur Voraussetzung eine gründliche Aussprache über ihre prinzipiellen, politischen wie organisatorischen Voraussetzungen und Grundlagen. In diesem Sinne hält die Versammlung einen baldigen Abschluß der inorganisationspolitischen Debatte über die Taktik für notwendig.

Die gemeinsame Mitgliederversammlung der KAP und AAU, Groß-Berlins vom 18. Dezember 1925 beauftragt die Körperschaften ihrer Organisationen mit der Initiative zur Einleitung einer prinzipiellen politischen und organisatorischen Vereinigung des marxistisch-linksradikalen Proletariats. Diese Initiative muß getragen sein von dem Leitmotiv: „Ersi Klarheit, dann Einheit“ und der Ausdruck einer Entlassung revolutionär-politischer Aktivität sein. Sie hat zur Voraussetzung eine gründliche Aussprache über ihre prinzipiellen, politischen wie organisatorischen Voraussetzungen und Grundlagen. In diesem Sinne hält die Versammlung einen baldigen Abschluß der inorganisationspolitischen Debatte über die Taktik für notwendig.

Die gemeinsame Mitgliederversammlung der KAP und AAU, Groß-Berlins vom 18. Dezember 1925 beauftragt die Körperschaften ihrer Organisationen mit der Initiative zur Einleitung einer prinzipiellen politischen und organisatorischen Vereinigung des marxistisch-linksradikalen Proletariats. Diese Initiative muß getragen sein von dem Leitmotiv: „Ersi Klarheit, dann Einheit“ und der Ausdruck einer Entlassung revolutionär-politischer Aktivität sein. Sie hat zur Voraussetzung eine gründliche Aussprache über ihre prinzipiellen, politischen wie organisatorischen Voraussetzungen und Grundlagen. In diesem Sinne hält die Versammlung einen baldigen Abschluß der inorganisationspolitischen Debatte über die Taktik für notwendig.

Die gemeinsame Mitgliederversammlung der KAP und AAU, Groß-Berlins vom 18. Dezember 1925 beauftragt die Körperschaften ihrer Organisationen mit der Initiative zur Einleitung einer prinzipiellen politischen und organisatorischen Vereinigung des marxistisch-linksradikalen Proletariats. Diese Initiative muß getragen sein von dem Leitmotiv: „Ersi Klarheit, dann Einheit“ und der Ausdruck einer Entlassung revolutionär-politischer Aktivität sein. Sie hat zur Voraussetzung eine gründliche Aussprache über ihre prinzipiellen, politischen wie organisatorischen Voraussetzungen und Grundlagen. In diesem Sinne hält die Versammlung einen baldigen Abschluß der inorganisationspolitischen Debatte über die Taktik für notwendig.

Die gemeinsame Mitgliederversammlung der KAP und AAU, Groß-Berlins vom 18. Dezember 1925 beauftragt die Körperschaften ihrer Organisationen mit der Initiative zur Einleitung einer prinzipiellen politischen und organisatorischen Vereinigung des marxistisch-linksradikalen Proletariats. Diese Initiative muß getragen sein von dem Leitmotiv: „Ersi Klarheit, dann Einheit“ und der Ausdruck einer Entlassung revolutionär-politischer Aktivität sein. Sie hat zur Voraussetzung eine gründliche Aussprache über ihre prinzipiellen, politischen wie organisatorischen Voraussetzungen und Grundlagen. In diesem Sinne hält die Versammlung einen baldigen Abschluß der inorganisationspolitischen Debatte über die Taktik für notwendig.

Die gemeinsame Mitgliederversammlung der KAP und AAU, Groß-Berlins vom 18. Dezember 1925 beauftragt die Körperschaften ihrer Organisationen mit der Initiative zur Einleitung einer prinzipiellen politischen und organisatorischen Vereinigung des marxistisch-linksradikalen Proletariats. Diese Initiative muß getragen sein von dem Leitmotiv: „Ersi Klarheit, dann Einheit“ und der Ausdruck einer Entlassung revolutionär-politischer Aktivität sein. Sie hat zur Voraussetzung eine gründliche Aussprache über ihre prinzipiellen, politischen wie organisatorischen Voraussetzungen und Grundlagen. In diesem Sinne hält die Versammlung einen baldigen Abschluß der inorganisationspolitischen Debatte über die Taktik für notwendig.

Die gemeinsame Mitgliederversammlung der KAP und AAU, Groß-Berlins vom 18. Dezember 1925 beauftragt die Körperschaften ihrer Organisationen mit der Initiative zur Einleitung einer prinzipiellen politischen und organisatorischen Vereinigung des marxistisch-linksradikalen Proletariats. Diese Initiative muß getragen sein von dem Leitmotiv: „Ersi Klarheit, dann Einheit“ und der Ausdruck einer Entlassung revolutionär-politischer Aktivität sein. Sie hat zur Voraussetzung eine gründliche Aussprache über ihre prinzipiellen, politischen wie organisatorischen Voraussetzungen und Grundlagen. In diesem Sinne hält die Versammlung einen baldigen Abschluß der inorganisationspolitischen Debatte über die Taktik für notwendig.

Die gemeinsame Mitgliederversammlung der KAP und AAU, Groß-Berlins vom 18. Dezember 1925 beauftragt die Körperschaften ihrer Organisationen mit der Initiative zur Einleitung einer prinzipiellen politischen und organisatorischen Vereinigung des marxistisch-linksradikalen Proletariats. Diese Initiative muß getragen sein von dem Leitmotiv: „Ersi Klarheit, dann Einheit“ und der Ausdruck einer Entlassung revolutionär-politischer Aktivität sein. Sie hat zur Voraussetzung eine gründliche Aussprache über ihre prinzipiellen, politischen wie organisatorischen Voraussetzungen und Grundlagen. In diesem Sinne hält die Versammlung einen baldigen Abschluß der inorganisationspolitischen Debatte über die Taktik für notwendig.

Die gemeinsame Mitgliederversammlung der KAP und AAU, Groß-Berlins vom 18. Dezember 1925 beauftragt die Körperschaften ihrer Organisationen mit der Initiative zur Einleitung einer prinzipiellen politischen und organisatorischen Vereinigung des marxistisch-linksradikalen Proletariats. Diese Initiative muß getragen sein von dem Leitmotiv: „Ersi Klarheit, dann Einheit“ und der Ausdruck einer Entlassung revolutionär-politischer Aktivität sein. Sie hat zur Voraussetzung eine gründliche Aussprache über ihre prinzipiellen, politischen wie organisatorischen Voraussetzungen und Grundlagen. In diesem Sinne hält die Versammlung einen baldigen Abschluß der inorganisationspolitischen Debatte über die Taktik für notwendig.

Kommunistische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Januar 1926
Alle Zahlungen an Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29
(Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Der Schrei nach Diktatur

Kapitalistische oder proletarische Diktatur? Proletariat! Ihr müßt Euch entscheiden!

Die gemeinsame Mitgliederversammlung der KAP und AAU, Groß-Berlins vom 18. Dezember 1925 beauftragt die Körperschaften ihrer Organisationen mit der Initiative zur Einleitung einer prinzipiellen politischen und organisatorischen Vereinigung des marxistisch-linksradikalen Proletariats. Diese Initiative muß getragen sein von dem Leitmotiv: „Ersi Klarheit, dann Einheit“ und der Ausdruck einer Entlassung revolutionär-politischer Aktivität sein. Sie hat zur Voraussetzung eine gründliche Aussprache über ihre prinzipiellen, politischen wie organisatorischen Voraussetzungen und Grundlagen. In diesem Sinne hält die Versammlung einen baldigen Abschluß der inorganisationspolitischen Debatte über die Taktik für notwendig.

Die gemeinsame Mitgliederversammlung der KAP und AAU, Groß-Berlins vom 18. Dezember 1925 beauftragt die Körperschaften ihrer Organisationen mit der Initiative zur Einleitung einer prinzipiellen politischen und organisatorischen Vereinigung des marxistisch-linksradikalen Proletariats. Diese Initiative muß getragen sein von dem Leitmotiv: „Ersi Klarheit, dann Einheit“ und der Ausdruck einer Entlassung revolutionär-politischer Aktivität sein. Sie hat zur Voraussetzung eine gründliche Aussprache über ihre prinzipiellen, politischen wie organisatorischen Voraussetzungen und Grundlagen. In diesem Sinne hält die Versammlung einen baldigen Abschluß der inorganisationspolitischen Debatte über die Taktik für notwendig.

angestellten Statisten, seine von der Anglo-Persian Oil Company bezahlten „Vizekönige“, Faisal von Irak und Ali von Hedschas, den „Bürgermeister“ von Mossul, den Patriarchen von Babylon im Namen der „chaldäischen Christen“, den Bischof der „jacobitischen Gemeinden“, den jüdischen Rabbiner und Vertreter des Zionismus aus Palästina und andere Puppen in Genf anrollen; um sich zu bedanken. Um sich zu bedanken dafür, daß sie sich wohl fühlen im Solde des englischen Kapitals und daß deshalb der „Völkerbund“ „Recht“ hat, daß er Mossul ihren Brotzebern zuspricht. Recht, das ist die große Kapitalkraft, die den Arbeitern von Löhne vorerhaltenen Milliarden, mit denen man Kanonen baut und arbeitlose Proletarier in den „Rock der Ehre“ steckt.

Die Bevölkerung Englands selbst ist anderer Meinung über das Geschenk des Völkerbundes an das englische Schwerkapital. Sozialdemokraten und Liberale, Vertreter der überwiegenden Mehrheit der englischen Bevölkerung, haben auch nur um einen Krieg zu vermeiden, heftige Opposition in Parlament und Presse (vor der Zustimmung) stimmte das Zukunftsinteresse des englischen Kapitals entspricht. Damit das englische Kapital sein Mandat über den Irak (eine ebenfalls früher türkische Provinz) nicht abgibt und nur Mossul beibehält, ist die Benzinfrage an das Irak-Mandat geknüpft und dieses um 25 Jahre verlängert.

Wie die Bevölkerung Vorderasiens über die ihnen durch „Friedensverträge“ und „Völkerbund“ aufgehaltenen europäischen Vormünder, denkt, dafür zeugen die Aufstände in Syrien, im Hedschas, in Arabien, in Palästina; davon zeugen einige zehntausende Tote auf Seite der Franzosen, der Drusen und anderer Bevölkerungsmehrheiten in Vorderasien. Wie in England gegen den Irak und Mossul, so ist in Frankreich eine heftige Opposition gegen das Mandat über Syrien, das die französischen Steuereinzahler 1926, dem Ende des Mandats, los zu werden wünschen. Trotzdem der französische Militarismus aus Abenteuerlust an Syrien hängt, ist es nicht ausgeschlossen, daß dieses im kommenden Jahre England als Gegenwert für Mossul aufgekauft wird. Eine einzelne europäische Großmacht ist nicht im Stande, die asiatischen Völker um ihre Reichtümer zu bestehen, wenn sie nicht andere Komplizen durch Konzessionen für Helferdienste bezieht.

Die gierigen Länderräuber, die im Weltkrieg zur Befriedigung ihrer Profitnotwendigkeit und Profitsucht 15 Millionen Proletarier erschließen und verhungern lassen, fangen an zu verzweifeln an ihren „Siegestrophäen“. Sie würden sie trotz aller wirtschaftlichen Vorteile fahren lassen, würden sie nicht der Rahmen bilden zu den Benzin- und Petroleumquellen von Mossul. Mossul, ein Kernproblem der europäischen Wirtschaft, ohne Willen der europäischen Kapitalisten ein Kernproblem der Weltwirtschaft ist es, das die bisherigen englisch-französischen außenpolitischen Gegensätze nach Locarno vollkommen zurücktreten ließ.

Mossul ist die Ursache, daß auch die englisch-russischen Gegensätze, die bisher für den Balkan bestimmend waren, von London wie von Moskau abgedempft wurden. Die „rote“ Gefahr für den Balkan ist geschwunden. Moskau hat die bulgarischen Rebellen vertrieben. Die IAH, sammt milde Gaben für sie. Die russische Diplomatie ist der englischen aber gegenüber, an kapitalistischem Weltblick, an Demokratie, an Verkopplung proletarischer und kapitalistischer Interessen, richtiger in der Begabung proletarischer Interessen für kapitalistische einzusetzen, sind die russischen Staatsmänner den englischen weit überlegen.

Die russische Diplomatie hat von der englischen gelernt, stets zwei Eisen im Feuer zu halten. Die Türkei war kriegsbereit, war bereit, das Mossulgebiet militärisch zu besetzen für den Fall, daß der Völkerbund gegen sie entschieden, ebenso wie England bereit war, zu marschieren im entgegengesetzten Falle. Der nach dem Spruch des Völkerbundes abgeschlossene russisch-türkische Vertrag sieht:

1. Neutralität von in dem Falle, daß eine der vertragsschließenden Parteien von einer oder mehreren Mächten militärisch angegriffen wird.

Zum Volksentscheid über die Fürstentbindungen.

Nachstehend abgedruckte Rede des bürgerlichen Republikaners Maximilian Robespierre im französischen revolutionären Konvent vom 3. Dezember 1792 ist zu dem Thema der Forderungen der „antimodernen“ Birechtlichen Tyrannen, echte Nachkommen ihrer Vorfahren, der Stregitritter, heute noch lesenswert.

„Der Konvent ist ohne sein Wissen von der richtigen Frage weggezogen worden. Es gibt hier keinen Prozeß zu führen. Ludwig ist nicht Angeklagter. Sie sind nicht Richter! Sie sind, Sie können nichts anderes sein als nur Staatsmänner, als nur Vertreter der Republik. Sie haben keinen Richterspruch zu fällen für oder gegen einen Menschen, aber eine Maßregel zum öffentlichen Wohl zu ergreifen, eine Handlung der nationalen Freiheit auszuüben. Ein entronnter König ist die Quelle ständiger Gefahr für die Republik eine Bedrohung der Freiheit. Und ich behaupte, daß Ihre Beratungen den Charakter angenommen haben, dieses Ziel zu erreichen.“

Welchen Charakter aber müssen diese Verhandlungen im Interesse des Volkes, zur Sicherung gegen die monarchistischen Gefahren, tragen? Wir müssen tief in die Herzen des Volkes die Verachtung, die Verächtlichkeit gegen das Königtum einprägen, wir müssen alle Anhänger der Monarchie mit Beißigkeit schlagen. Wenn man aber dort Welt der Verbrechen des Königs als ein Problem darstellt, dann gefährdet man die Freiheit!

Ludwig war König, und jetzt ist die Republik gegründet. Damit ist die Frage erledigt. Ludwig würde durch seine Verbrechen entronnt. Er klagt das französische Volk der Rebellion an? Er kann nicht mehr gerichtet werden, er ist schon gerichtet! Er ist verurteilt, oder die Republik, oder das Volk ist nicht freigesprochen. Jetzt noch vorzuschlagen, diesem Ludwig XVI. ein Gerichtsverfahren zu gestatten, hieße zu dem König, oder konstitutionellen Despotismus zurückkehren. Es ist ein konterrevolutionärer Gedanke, es würde bedeuten, die Revolution selbst in Frage zu stellen. In der Tat, wenn Ludwig noch Gegenstand eines Prozesses sein kann, so kann Ludwig auch freigesprochen werden, so kann er unschuldig sein. Ja, er

Kommunistische Arbeiter-Partei Ortsgruppe Groß-Berlin.

Freitag, den 22. Januar 1926, Saalbau Friedrichshain, abends 7/8 Uhr: **Revolutions-Mundgebund**

Dem Gedächtnis Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und vieler tausend anderer Revolutionsopfer gewidmet.

Alfred Beiler spricht: Die Geschichte von den sieben Geheulenen von Leonid Andrejew. Orgelkonzert und Ansprache.

Eintrittspreis im Vorverkauf 1,- Mark, an der Abendkasse 1,50 Mark. — Eintrittskarten sind bei allen Berliner Funktionären und Zeitungs-Obleuten der KAP., sowie in der Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49, zu haben. **Genossen! Sorgt für Massenbesuch!**

2. daß keine der vertragschließenden Parteien politische oder wirtschaftliche Abkommen einzieht, die der anderen Partei schädlich sind.

Diese beiden Punkte sind strikte Gegensätze. Der erste Punkt scheint sich auf den „Boden der Tatsachen“ zu stellen. Dazu werden zwischen Staaten aber keine Verträge abgeschlossen. Rußland würde von Punkt entbunden sein, wenn die Türkei den Genf Mossul-Pakt anerkennt, d. h. einen „Vertrag schließt“. Die Türkei scheint sich dem Diktat aber zu fügen, da hinter dem Völkerbund der europäische Kapitalismus steht. Der Vertrag, der kein Vertrag ist, gilt ebenso, ungesprochen, zwischen Rußland und England. Will Rußland dadurch eine „abwartende Stellung“ einnehmen um von der Türkei wie von England Konzessionen zu erhalten? Seine politische Haltung gegenüber diesen Ländern nach Locarno spricht dafür. Die Besetzung Mukdens, was eine Besetzung der Mandchurei gleichkommt, durch Japan, bedingt Klugheit Rußlands gegenüber der Türkei wie England. Rußland ist wirtschaftlich an die Mandchurei gekettet, kann aber einen Waffengang gegen Japan nicht wagen. Rußland wird die Mossulartikeln in der Hand behalten um sie in China gegen die englischen als Trumpf auszuspielen. (Ein weiterer Artikel folgt.)

Politische Rundschau „Soziale Korruptionen.“

Den denkenden Arbeitern ist es kein Geheimnis mehr, daß bei der ideologischen Verfallung des reformistischen Sozialismus mit dem Kapitalismus auch irgend welche „ökonomischen“ Fäden eine wichtige Rolle spielen. Wir meinen damit nicht die materielle Verankerung des Reformismus in der wirtschaftlichen Stellung seiner Verfechter, sondern vielmehr die rollenden Silberlinge, die seit Jahr und Tag aus den Propagandafonds der Unternehmer in die „unschuldigen“ Stände „sozialistischer“ Verlagsdirektoren wandern, um dort in „gute“, „vernünftige“, „sozialistische“ Literatur umgemünzt zu werden. Die „sozialistische“ Literatur umgemünzt zu werden, die Zersetzung der Arbeiterklasse zu leisten hat. Solche Minierrarbeit unter „sozialistischer“ Flagge rettet größere Löcher als ein Trommelfeuer „sozialistischer“ Regeneraten aus den Schreibstuben der Unternehmerrpresse. Den Weg, den einst der holländische Sozialismus zu Leibe zu gehen, und so hat dem — wie die „Frankf. Zeitung“ kürzlich berichtete — die „Verbindung deutscher Arbeitervereine“ seit Jahren, und zwar bei ihren sonstigen wissenschaftlichen Sitzungen auch bei einigen sozialen

Da ist es von Standpunkt des Herrn Borsie, des Generalquartiermeisters der deutschen Industriellen, weit nützlicher, dem Klassenkampf der Arbeiter mit eigens dafür gebrautem Sozialismus zu Leibe zu gehen, und so hat dem — wie die „Frankf. Zeitung“ kürzlich berichtete — die „Verbindung deutscher Arbeitervereine“ seit Jahren, und zwar bei ihren sonstigen wissenschaftlichen Sitzungen auch bei einigen sozialen

wird als unschuldig angenommen, bis er verurteilt ist! Aber wenn Ludwig freigesprochen werden kann, was wird dann aus der Revolution? Wenn Ludwig freigesprochen werden kann und seine Besitztümer zurückbehält, dann waren alle Verleumdungen der Freiheit, der Republik, nur seine Verleumdung! Alle Konterrevolutionäre waren dann Freunde der Wahrheit. Die Haft sogar, welche Ludwig bis zu diesem Augenblick erduldet hat, ist ungerecht, das Volk von Paris, alle die Republikaner sind strafbar; dieser große Prozeß zwischen dem Tyrannen und der Freiheit nicht, sondern vielmehr die Tyrannen und die Tyrannen werden! — Nehmet euch in acht! Ihr werdet durch falsche, gefälschte Begriffe getäuscht, um betrogen zu werden! Ihr verwischt die Lage eines Volkes in der Revolution mit der Lage eines Volkes, dessen Tyrannen sicher herrschen! Ihr setzt im Gedanken, die euch vertraut sind, einen abgewinkelten Fall in Verbindung, von Prinzipien abhängig, die ihr niemals angewendet habt. Die Ausdrücke sogar, die wir für Ideen anwenden, vollenden die Täuschung, denn sie sind verschieden von denen, welche sie im gewöhnlichen Gebrauche ausdrücken! Wenn ein Volk gewonnen ist, zum Rechte der Empörung seine Zuflucht zu nehmen, dann tritt es in Hinblick auf den Tyrannen in den Naturzustand zurück. Wie darf der Tyrann sich auf den Gesellschaftsvertrag berufen? Er hat ihn verstoßen. Die erste Wirkursache einer Rebellion ist, die Gesetze gegenüber dem Tyrannen zu zerbrechen! ... Es ist ein großer Irrtum anzunehmen, daß die ehemaligen Gesetze im neuen Zustand der Dinge leitend sein könnten. Welches aber sind die Gesetze, die an ihre Stelle treten? Die Gesetze der Natur, nämlich das, was die Grundzüge der Gesellschaft ist: das Wohl des Volkes. Das Recht, den Tyrannen zu bestrafen und das Recht, ihn zu entronnen, ist dasselbe. Der Prozeß gegen den Tyrannen heißt Revolution, der Urteilsspruch ist: Sturz seiner Macht, die Strafe ist, die das Volk, die Freiheit des Volkes erfordert!

Die Völker richten nicht, wie die Gerichtshöfe; sie füllen keinen Urteilspruch, sie schleudern den Blitz; sie verurteilen die Könige nicht, sie stürzen sie in das Nichts, und diese Justiz gilt sowohl wie die der Tribunale. In welcher Republik war die Notwendigkeit, die Tyrannen zu bestrafen, jemals strittig? Was aber tun wir? Wir rufen von allen Seiten Adonai herbei, um in der (erlöschenden) Sache Ludwig XVI. zu sprechen. Wie heiligen als gesetzliche Handlungen das, was bei jedem freien Volke als das größte

istitischen Verleger Aufklärungsschriften in großer Menge herstellen lassen die dem dummen Prolet in Deutschland sozialdemokratische Weisheiten von Mehrarbeitern Akkordschäften vom Sparen und Wassererschonen unter der Maske eines „sozialistischen“ Sozialismus um die Ohren zu schlagen. Wo irgend die Arbeiter den Erfolg ihrer Kämpfe zu realisieren versuchen, da kamen den berufsmäßigen Konterrevolutionären diese Sorte „Schrophilane“ der Revolution zu Hilfe, und die bedröhten Kapitalisten waren ganz gelungen wäre, vollendete der Geist der sozialdemokratischen „Heimatsdienst“ und „Wiederaufbau“. Deutscher Arbeiter, schäme dich. — Deutscher Arbeiter, arbeite — denn das ist Sozialismus.

Zu diesen sozialistischen Verlagsdirektoren, die in den Propagandabüros der Unternehmer ein- und aussuchen, gehören Karl Erdmann und Albert Baumeister. Es handelt sich nicht um den bereits im Krieg bekannt gewordenen „linksradikalen“ Erdmann, der s. Z. in einer ausgesprochenen Hetschschritt den uningeschränkten Ubootkrieg zu Nutze und Frommen der deutschen Kultur gegen das perfide Albion forderte.

Als 1918 der deutsche Imperialismus trotz aller sozialdemokratischen Hilfe dennoch zusammenbrach, gab Erdmann unter dem Deckmantel des „linksradikalen Kämpfers“ gegen die „ungeschränkten Bonzen“ und die sozialdemokratische Vernetzung damals in seiner Broschüre: „Der Mißbrauch der Revolution“ die fälligen sozialistischen Stichwörter für den Kampf gegen Spartakus. In seiner hochtrabenden Weise trieb er die sozialistische Moral, die selbst Kautsky in den Schicksalen stiftete, forderte er sein „Jeste druff“ gegen die dunklen Existenzen, die Schinapphäre der Revolution; gegen die Lemmer, die zübellos auf die Menschheit losgelassen, die deutsche Kultur erschütterten.

Was sich heute als die „antipsychische eines kleinen Eigentümers lient“ war damals die „antipsychische“ und wurde an den Stellen, die es hören sollten, sehr gut vernommen. Erdmann hätte damit seinen Lehrbrief für Arbeiterverrat bei den deutschen Kapitalisten abgegeben. Sie haben sich seiner erinnert. Während der liberalen „Gedankenspiele“ und Heiligenbilder, wie die proletarischen revolutionären Kämpfer beschimpfte, um ihnen ihr Klassenbewußtsein abzuschreiben, die zu Tausenden für das Proletariat als Helden starben, wärmte er, sich die Fülle in den Salons der deutschen Kapitalisten und Strich mit beiden Händen die Silbergeschenke ein.

Der „Vorwärts“ und die anderen demokratischen Blätter scheitern sich heute die Ästheten Herren von den Rockschößen. Warum? „Weil“, wie Herr Wenner, der Generalgeheimrat überliefert, die „Vorwärts“ „sagt, „durch solche im deutschen Volk bisher allgemein nicht gekannten Methoden das Vertrauen der Arbeiterschaft zu ihren Führern erschüttert werden muß.“ Für die Führer der deutschen Arbeiterbewegung ist dieser ganze Korruptionssumpf nur eine Vertrauenskrise. Sie unterscheiden sich damit von Erdmann und Baumeister nur im Grade des Versumpftseins und der Korruption. (Barmat!)

Ergänzend ist dazu festzustellen, daß selbst nach Mittelungen des „Vorwärts“ die Verrechnung der Arbeitsverträge der früheren KPR-Blätter, die im Verlag des „Firn“ erschienen (u. a. vom Sozialdemokraten Niksch), finanziert hat, weil ihr deren Tendenz als geeignetes Material zur Bekämpfung der gewerkschaftlichen Forderungen erschien. Sie hat dafür gesorgt, daß diese Schriften in Tausenden von Exemplaren hergestellt und zu einem lächerlich geringen Preis abgegeben werden. Ja sogar die Verteilung dieser angeblich „sozialistischen“ Schriften organisiert. Die dazu nötigen Gelder wurden vom Fond einer Verteilungsgesellschaft der KPR (Kommunistische Partei) im Frühjahr 1925 durch eine Umlage von allen Unternehmern für den Kampf um die Regelung der Arbeitszeit gebildet wurde. Aus diesem Fond ist ebenfalls durch Vermittlung des deutschnationalen Abgeordneten Behrens der Oberleitungs Oberleitungsamt Schulz, dem Führer der „Schwarzen Reichwehr“ und der völkischen Feme, ein Darlehen von 5000 Mark gewährt worden.

Die Aufregung des „Vorwärts“ und seiner Hintermänner, des sozialdemokratischen Parteivorstandes, der im Oktober 1925 eine öffentliche Warnung vor dem genannten Firm-Vertrag hinauswande, ist durchaus künstlich und entspringt wahrscheinlich einer persönlichen Verbitterung und dem Konkurrenzgeist. Auch die „Barmat“-Sozialdemokraten wissen ganz genau aus eigener Erfahrung, daß diese Methode schon sehr alt und bei den verschiedensten Arbeiter-Organisationen bereits mit Erfolg angewendet wurden.

Genosse Jan Appel in Freiheit.

Genosse Jan Appel, der seit November 1923 wegen des bekannten Delikts in verschiedenen Gefängnissen der demokratischen Republik war, ist in die „Freiheit“ zurückgekehrt. Wir begrüßen den alten Kämpfer in unseren Reihen!

Verbrechen betrachtet worden wäre! Wir beachten den Schatzen eines Königs, weil wir ohne Herz für die Unterdrückten sind. Ein Prozeß gegen Ludwig XVI! Ist das was anderes als eine Legalisierung der Konterrevolution? Indem wir dem Advokaten Ludwigs eine Arena geben, eröffnen wir den Kampf der Despotie gegen die Freiheit, anerkennen wir das Recht der Verleumdung und Beschimpfung gegen das republikanische Volk! Denn das Recht, den gestürzten Despoten zu verteidigen, schließt das andere Recht ein, die Republik, das Volk, die Revolution zu hüten! Seht doch die reichlichen Fortschritte an, die diese Verhandlungsmethode gemacht hat! In den Tagen der Revolution hielten sich die Anhänger der Monarchie vorborgen; jeder, der gewagt hätte, die Verteidigung des Gestürzten zu übernehmen, wäre als Verräter bestraft worden. Heute erhebt die Konterrevolution ungestraft dreist das Haupt!

Man beruft sich zu Gunsten des Enttronnten auf die Gesetze. Ich will dazu nur ein Wort sagen. Jawohl, die Verfassung verbietet alles, was die Freiheit des Volkes zu verletzen hat. Das Recht nicht, Ludwig abzusetzen — nach der Verfassung. Die Verfassung verteilt uns, werfen wir uns deshalb Ludwig zu Füßen und flehen wir um seine Milde! Ich für meinen Teil würde mich schämen, erstlicher diese konstitutionellen Verbrechen zu behandeln. Diese ganze Erörterung ist ein Skandal!

Es sei eine wichtige Streitfrage, man hat gesagt, die man mit einer weisen und langsamen Vorsicht behandeln müsse. Aber man selbst hat sich eine wichtige Sache daraus. Was ist das für eine Streitfrage? Was ist daran wichtig? Die Persönlichkeit? In den Augen der Freiheit hat es nie eine niedrigere, elendere, feigere, in den Augen der Menschlichkeit eine schuldiger Person gegeben als diesen Abscheulichen. Er kann nur noch demen imponieren, die schlechter sind als er. Ist es die Angst vor dem Ergebnis? Das ist ein Grund mehr, es zu beschleunigen. Oder fürchtet ihr die Meinung des Volkes zu verletzen? Das Volk fürchtet nichts als die Schwäche und die Eitelkeit seiner Vertreter! Ihr tut, als wenn das Volk eine reichere, höherer Verstand hätte, als die Menschheit erlight. Ich verlange, daß das Urteil an der Stelle vollzogen werde, wo am 10. August die hochherzigen Märtyrer der Freiheit gestorben sind. Ich verlange, daß dieses denkwürdige Ereignis durch ein Denkmal geweiht werde, zum Zweck, in den Herzen des Volkes das Gefühl der Rechte und der Abscheu gegen die Tyrannen zu nähren und in der Seele der Tyrannen die heilsame Furcht vor der Volksjustiz zu erhalten.

Aus der Werkstatt der Massenjustiz.

Auftritte und Misse: gegen Faschisten. Aus Leipzig wird gemeldet: Das Leipziger Schöffengericht verhandelte gestern gegen den angeblichen „Hauptmann“ Clossus und neun seiner Stellvertreter, die den Plan gefaßt hatten, mit einem Geheimbund in Deutschland den Faschismus nach italienischem Muster einzuführen. Der Anschlag wurde durch einen anderen Völkischen, den Major Braune, den Behörden mitgeteilt, worauf Clossus den Plan faßte, Braune zu ermorden. Clossus wurde wegen Geheimbündeltätigkeit zu acht Monaten Gefängnis, 100 Mark Geldstrafe und wegen Auforderung zum Zweikampf zu zwei Monaten Festung verurteilt. Seine Kumpane kamen mit noch geringeren Strafen davon, meist mit einem Monat Gefängnis. Das Verfahren wegen des Mordanschlags wird erst später durchgeführt.

Dieses geradezu herausfordernd milde Urteil der Richter der demokratischen Republik gegen Faschisten, entwarf schlagend die Phrase von der demokratischen „Gleichheit“ vor dem Gesetz.

Aus Paris meldet die „Rote Fahne“ vom 3. Januar 26 nachstehende Urteile gegen kommunistische Kriegsbekämpfer.

Paris, 2. Januar. Die französische Klassenjustiz hat in letzter Instanz folgende Urteile gegen die Mitglieder des zentralen Aktionsausschusses gegen die imperialistischen Kriege“ bestätigt: Bellanger, 16 Monate Gefängnis; Diese reaktionäre General gehörte zu den Führern der japanfreundlichen Antipartei und war als Feind der chinesischen Unabhängigkeit bei den chinesischen Nationaldemokraten im Ausland (z. B. in Berlin) außerordentlich verhasst.

Ferner wird noch gemeldet: (TU) London, 30. Dezember. Nach einer Meldung aus Peking ist Tschanstolin im Begriff, Fengjuisang anzuzuführen. Seine Truppen bedrohen bereits die Verbindungen Feng nach dem Norden des Landes. Es ist bereits zu Zusammenstößen zwischen den beiderseitigen Vortruppen gekommen. Feng hat in aller Eile Verstärkungen nach dem Norden entsandt. Eine Hoangkonger Abordnung hat sich nach Kanton begeben, um Vorschläge zur Beendigung des noch andauernden Kantoner Boykotts gegen Hongkong zu erörtern. Hongkong ist britischer Besitz. Es handelt sich also um einen großen Sieg der südchinesischen Kantoner Revolutionsarmee.

Der 14. Parteidag der K. P. D.

Am 31. Dezember 1925 fand die Schlußsitzung des 14. Parteitages der KPR statt, auf dem zum ersten Mal eine wirkliche Opposition in Erscheinung trat und über dessen Interessante Einzelheiten und Ergebnisse wir in einem besonderen Bericht werden wird. Die Ergebnisse der Wahlen zum Politbüro meldet die „Rote Fahne“ vom 5. Januar:

Moskau, 1. Januar. Das am 1. Januar stattgehabene Plenum des neuwahlgewählten ZK der KP der Sowjetunion (wie früher die KPR) hat die folgenden Resolutionen angenommen: Mitglieder des Politbüros folgendes Genossen: Bucharin, Woroschilow, Sinowjew, Kalinin, Molotow, Rykow, Stalin, Tomski und Trotzki; als Ersatzmitglieder: Rysakow, Dzanowski, Petrowski, Ulanow und Kamenev. Dem Sekretariat gehören an: Sinowjew als Generalsekretär; Vorksi und Dorioti Girault bekannte Führer der kommunistischen Bewegung in Frankreich. Außerdem sind noch zahlreiche andere auch der Genosse Semard, der Generalsekretär der KPR verurteilt.

Das Aktionskomitee führt bekanntlich im Auftrag von Millionenmassen, die sich auf den Arbeiter- und Bauernkongress vertreten ließen, den Kampf gegen den Krieg in Marokko und Syrien.

Zankows Sturz.

WTB. Sofia 4. Januar. Der König hat heute nachmittag den bisherigen Ministerpräsidenten Zankow in Audienz empfangen. Im Anschluß daran genehmigte der König den Rücktritt der Regierung Zankow und ernannte Ljaptschew zum Ministerpräsidenten. Das neue Kabinett hat folgende endgültige Zusammensetzung: Vorsitz und Generalsekretär: Ljaptschew. Auswärtige Angelegenheiten: Burow. Öffentlicher Unterricht: Naidenow. Finanzen: Wladimir Molow. Justiz: Kulew. Krieg: General Walkow. Handel: Boboschewski. Ackerbau: Christow. Oekonomie: Slavewski. Wasserversorgung: Komon Georgiew.

Nach 3 Monaten Blutarbeit und wirtschaftlicher Vernichtung.

Zu welcher Strafe sollen wir Ludwig verurteilen? Ich verabscheue die Todesstrafe, wie sie nach des Königs Gesetzen in verschwerendstem Maße zulässig war und ich habe ihr Ludwig weder Liebe noch Haß in sich, wie seine Freveltäten. In der Versammlung, die noch die konstituierende nennt, habe ich die Abschaffung der Todesstrafe verlangt, und es ist nicht mein Fehler, wenn die ersten Grundsätze der Verantwortung der Versammlung als moralische und politische Ketzerien erschienen sind. Ja, die Todesstrafe ist im allgemeinen ein Verbrechen und kann aus diesem Grunde allein nach den unzerstörbaren Gesetzen der Natur nur in den Fällen gerechtfertigt werden, wo sie für die Sicherheit des Volkes, der Gemeinschaft unumgänglich ist. Niemand erfordert die öffentliche Sicherheit die Todesstrafe gegen gewöhnliche Verbrechen, weil die Gesellschaft zu ihrer Verhütung andere Mittel besitzt und die Schuldigen in die Unmöglichkeit versetzen kann, zu schaden. Aber ein König, entronnt durch die Revolution, ein König, dessen Name allein genügt, die Konterrevolution auf die Füße zu stellen, der die Freiheit wieder Gefängnis machen für die Freiheit und das Glück des Volkes. Ich spreche mit Bedauern die milde Wahrheit aus. ... Aber der König muß sterben, weil die Republik keine solch ein Reichthümer Volksherrschaft könnte man auf den Rat hören, grüßlich zu sein. Aber ein Volk, das noch immer um seine Freiheit zu kämpfen hat, ein Volk, bei dem die Gesetze nur gegen die Ärmsten unerbittlich sind, ein Volk, bei dem die Verbrechen des Despoten noch Gegenstand des Streites sein können, ein solches Volk muß wünschen, daß es sich rache und sichere!

Ich schlage vor, in diesem Augenblick über das Los Ludwigs zu beschließen. Was seine Frau betrifft, so werden wir sie an die Revolution konstruieren verweisen, sowie alle Personen, die derselben Verbrechen angeklagt sind. Sein Sohn wird in Temple bewacht bleiben, bis die Freiheit des Volkes befestigt ist. Was aber den Enttronnten betrifft, so verlange ich, daß der Convent ihn von diesem Augenblicke an für einen Verräter am Volke, für einen Verbrecher gegen die Menschheit erlight. Ich verlange, daß das Urteil an der Stelle vollzogen werde, wo am 10. August die hochherzigen Märtyrer der Freiheit gestorben sind. Ich verlange, daß dieses denkwürdige Ereignis durch ein Denkmal geweiht werde, zum Zweck, in den Herzen des Volkes das Gefühl der Rechte und der Abscheu gegen die Tyrannen zu nähren und in der Seele der Tyrannen die heilsame Furcht vor der Volksjustiz zu erhalten.

in Bulgarien muß der durch einer Rechtsputsch am 1. März gekommene Universitätsprofeßor Zelenow sein Faschistenregime niederlegen. Damit tritt zwar keine wesentliche Änderung im Regierungskurs in Bulgarien ein, aber es werden vorderhand gewisse Beschwichtigungsmassnahmen vorgenommen, um Bauern und Proletarier etwas zu beruhigen.

Zur Lage in China.

General Hsi ermordet. WTB. Peking, 30. Dezember. General Hsihschueung ist hier ermordet worden. Der Ermordete war früher Privatsekretär des letzten chinesischen Präsidenten Tschanstolin und hat vor kurzem Europa bereist. Reuter meldet zu der Ermordung Hsis aus Peking: General Hsi, einer der eifrigsten Parteigänger Tschanstolins, erstattete gestern diesen über seine Mission in Europa Bericht und verließ am Abend Peking, um mit einigen chinesischen Führern Beratungen abzuhalten. Nach Berichten der Grenzpolizei wurde, als der Zug in Langfang eintraf, eine Bombe geworfen. Hsi und einige Angehörige des Stabes wurden getötet. Der Attentäter Lutschengweit ist noch des Generals Leutschnung den Hsi im Jahre 1918 ermordet. Lutschengweit hat in einem Zirkulartelegramm erklärt, das Motiv seiner Tat sei, den Tod seines Vaters zu rächen. Lutschengweit ist ein Vetter Fengjuisangs.

Diese reaktionäre General gehörte zu den Führern der japanfreundlichen Antipartei und war als Feind der chinesischen Unabhängigkeit bei den chinesischen Nationaldemokraten im Ausland (z. B. in Berlin) außerordentlich verhasst. Ferner wird noch gemeldet: (TU) London, 30. Dezember. Nach einer Meldung aus Peking ist Tschanstolin im Begriff, Fengjuisang anzuzuführen. Seine Truppen bedrohen bereits die Verbindungen Feng nach dem Norden des Landes. Es ist bereits zu Zusammenstößen zwischen den beiderseitigen Vortruppen gekommen. Feng hat in aller Eile Verstärkungen nach dem Norden entsandt. Eine Hoangkonger Abordnung hat sich nach Kanton begeben, um Vorschläge zur Beendigung des noch andauernden Kantoner Boykotts gegen Hongkong zu erörtern. Hongkong ist britischer Besitz. Es handelt sich also um einen großen Sieg der südchinesischen Kantoner Revolutionsarmee.

Öffentliche Erwerbslosenversammlung der K. A. P. und A. A. U. in Berlin.

Am 30. Dezember 1925 fand in Berlin-Reinickendorf-Ost eine öffentliche Erwerbslosenversammlung statt, die von der Berliner Ortsgruppe der KAP und AAU, mit dem Thema: „Massen-Einstieg Wie lang noch?“ in der Versammlung referent vertrat sich sehr ausführlich über die Entwicklung der Profitwirtschaft, die Triebkräfte des Kapitalismus und die gegenwärtige Krisenwelle mit ihrer riesigen Arbeitslosigkeit. Er behandelte ferner eingehend die gegenrevolutionären Ausrichtungen der „linken“ KPR-Parolen, die gleich dem der Komintern nicht mehr von der proletarischen Weltrevolution wissen wollen.

In der sich anschließenden Aussprache wurden von einzelnen Diskussionsrednern noch eingehend über die gegenwärtigen Ausführungen über die augenblickliche wirtschaftliche und politische Lage gemacht. Als bei der Abstimmung über einen Antrag auf Schluß der Diskussion sich eine kleine Mehrheit dafür ergab, fühlten sich die anwesenden „roten“ Faustkämpfer und „Jungerleute“ verurteilt unter „linken“ Parolen, die gleich dem dem Ausgang zuströmen, wodurch große Unruhe in der Versammlung entstand, so daß die Schlußabstimmung des Referenten in dem Tobsuchtwort leider zum Teil verloren gingen. Die Empörung über diese Störung durch die abkommandierte „rote Polizei“ wurde denn auch von einigen Proletariern zum Ausdruck gebracht.

Dieses geradezu herausfordernde Verhalten der „roten Frontkämpfer“ muß von unseren Genossen gebrandmarkt werden. Letztere wurden weiter unentwegt in unserem Sinne auf dem Posten sein und gerade unter den Erwerbslosen unermüdet für unsere Ziele aufklärend werben und wirken.

Wirtschaftsnot Immer noch Anzeichen des Arbeitslosenstromes.

Die letzten Meldungen über die Vergrößerung des Hungerheeres lauten: Berlin. Die schlechte Arbeitsmarktlage hält in allen Industrien an. Besonders in der Metallindustrie werden noch andauernd Entlassungen vorgenommen. So wie es im Bericht des Landesarbeitsamts Berlin über die vergangene Woche heißt, von einem industriellen Werk allein 2700 Personen entlassen worden. Am Ende der vergangenen Woche waren 600 000 Personen bei Arbeitsnachweismitteln eingetragenen. Die Vergrößerung der Vertriebenen 2700 Entlassungen sind hierbei noch nicht einbezogen. Von den 160 000 gemeldeten Arbeitslosen erhalten nur 78 748 Erwerbslosenunterstützung. — Am Neujahrstage fanden 15 Selbstmorde statt.

Westdeutschland. Düsseldorf. Die Wirtschaftskrise im Rhein- und Ruhrgebiet gestaltet sich immer katastrophaler. Durch das Hochwasser der letzten Tage hat sich die Lage noch mehr verschärft. So konnten heute die Mannesmann-Röhrenwerke den Betrieb in der Abteilung Hüttenwerk nicht aufnehmen lassen, da es infolge Hochwassers nicht betriebsfähig ist. Ebenso geben die Rheinthal-Werke infolge des Hochwassers die Eisenstränge bekannt. Bei Thyssen, Mitteln-Ruhr ist es ebenfalls zu kleinen lokalen Stilllegungen infolge des Hochwassers gekommen.

Die Erwerbslosenziffer der Stadt Mannheim betrug am 1. Januar 6000, so daß jeder sechste Versicherte der Stadt erwerbslos ist. Das Landesarbeitsamt in Essen teilt mit, daß die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in Westfalen und Lippe im Dezember bei 72,6 Prozent gegenüber November zugenommen hat. Sie ist von 72 000 auf 105 000 gestiegen. Der amtlichen Statistik wird die Bemerkung beigelegt, daß die Bestände des Arbeitsmarktes ihren Höhepunkt noch nicht erreicht haben, und daß in der weiteren erheblichen Verschlechterung zu rechnen werden müsse.

Ferner meldet der „Vorwärts“ vom 2. Januar folgende Stilllegungen: Die Werke „Massen III und IV bei D. t. m. und wurde zum 1. Januar stillgelegt. 2400 Mann gelang; in Entlassung. Die Firma Oresten u. Koppel beabsichtigt die Stilllegung des Dredselwerkes. Das Werk hat bereits 700 Arbeiter und Angestellten zum 6. Januar entlassen. Der Betrieb liegt abwärts bereits bis zum 4. Januar still. Bochum, 2. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Pöhlitz A.-G. wird die Arbeit in den vor den Feiertagen geschlossenen Werken bis zum 11. Januar wieder aufnehmen; dazwischen bleibt das Großhüttenwerk ab auf außer Betrieb.

Stilllegung bayerischer Staatswerke. München, 23. Dezember. In Bayern wurden eine verarmten Arbeiter der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse habe dazu geführt, daß die Eisenerzgrube Achthal vor einiger

Zeit geschlossen und die Eisenerzgrube des Hüttenwerkes Berzen stillgelegt werden mußte.

Stilllegung in der Schmelzfabrikation. Die zweitgrößte Schmelzfabrik Barza, Karl Hönen hat ihre mehrere Hundert zählende Belegschaft entlassen, die sämtlich der Erwerbslosenliste zugeführt werden. Als Grund der Entlassung ist Arbeitsmangel angegeben worden.

Stilllegung der oberösterreichischen Eisenindustrie. Stilllegung der oberösterreichischen Eisenindustrie erwägt am Ende dieses Monats vier gesamte Betriebe stillzulegen, weil es derzeit an Aufträgen mangelt, daß sich die Produktion längst nicht mehr verbält. Die Verhandlungen mit der Regierung über Hilfsmassnahmen für die oberösterreichische Industrie verläuft bisher ergebnislos. Falls die Regierung nicht eingreift, wird die Stilllegung zur Tatsache werden.

Arbeitslosigkeit auch in ländlichen Bezirken. Das „BT.“ vom 30. Dezember 26 berichtet: Hamburg, 30. Dezember. Auch in Ostfriesland herrscht trotz des ländlichen Charakters seiner Bevölkerung starke Arbeitslosigkeit, die den größten Teil des Jahres 1923 bereits überschritten hat. Das Ergebnis der von den Arbeitern veranstalteten Zählung besagt, daß jeder achte Arbeiter arbeitslos geworden ist.

In der Edelmetallindustrie des Reiches. Das „BT.“ vom 2. Januar schreibt: Braunschweig, 2. Januar. In einer an die Regierung und den Reichstag gerichteten Denkschrift hat der Metallarbeiterverband auf die starke Arbeitslosigkeit in der Hanauer Edelmetallindustrie aufmerksam gemacht. In fast allen noch geöffneten Betrieben werde mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet. Fast täglich werden neue Betriebsstilllegungen angemeldet.

Reisende Arbeitslosigkeit in Oesterreich. Die Zahl der Arbeitslosen in Oesterreich beträgt zur Zeit 300 000. Bei einer Bevölkerung von etwa 4 Millionen Menschen sind rund 400 000 unterstützten Familienangehörigen ist jeder 6. Oesterreicher auf Erwerbslosenunterstützung angewiesen. Die Arbeitslosigkeit ist also in Oesterreich verhältnismäßig zweieinhalbmal so groß wie in Deutschland. 17 Selbstmordversuche in Wien. Während der Weihnachtsferien ereigneten sich in Wien 17 Selbstmordversuche. Das sind die Früchte der kapitalistischen Völkerbündungsanierung.

Stiegen der Arbeitslosigkeit in Schweden. Im November ist die Arbeitslosigkeit in Schweden um 37 Prozent gestiegen. Die Unterstützungsgesuche erreichten Ende November die Zahl 18 000.

Geringe Abnahme der Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig mit Berliner Meldungen von starker Zunahme der deutschen Arbeitslosigkeit zeigt der englische Bericht für die dritte Dezemberwoche eine weitere Abnahme der schon seit zwei Monaten beständig sinkenden Arbeitslosenziffer um 25 000 auf 1,102 Millionen Personen, so daß sie jetzt um 67 000 unter der von Ende Dezember 1924 liegt.

Kleiner Wirtschaftskurier.

Auch in England Hungerknoten. In England hat die Industrie ebenfalls umfangreiche „Beratungen“ abgehalten, oft bis in die zweite Januarwoche hinein vorgenommen. So legten die Spinnereien, die für Amerika arbeiten, insgesamt still. Etwa 120 000 Arbeiter dieser Branche müssen vom 24. Dezember bis 2. Januar feiern. Die Werftindustrie feiert diese Zeit ebenfalls zum größten Teil. Auch der Maschinenbau und andere verarbeitende Industrien feiern fast durchweg vom 24. Dezember bis nach Neujahr.

Kanadas aktive Handelsbilanz. In den letzten acht Monaten bis Ende November betrug nach einer Meldung aus London der Wert der Einfuhr Kanadas zusammen 600 Millionen Dollar gegen 531 Millionen Dollar im Vergleich mit dem Wert der Ausfuhr 855 Millionen Dollar gegen 704 Millionen Dollar im Vorjahre. Ursachen und Folgen sind dieselben wie bei australischen Handel.

Polnische Wirtschaft. Die Wirtschaft Polens steht in demselben Stadium des Verfalls wie die Deutschlands. Das Kapital versucht die Ausfuhr zu steigern auf Kosten der Zerstörung der inländischen Kaufkraft.

Nach amtlichen vorläufigen Angaben stellte sich der polnische Außenhandel im November in Millionen Zloty wie folgt: Einfuhr 69,5, Ausfuhr 156. Der aktive Saldo im November beträgt mithin 70 Millionen Zloty. Die Entwicklung des polnischen Außenhandels in den beiden vorberühenden Monaten zeigt folgendes Bild (in Millionen Zloty): Oktober Einfuhr 90; September 72. Der aktive Saldo im November überschub 51, bzw. 36.

Zunahme der Erwerbslosigkeit in Polen. Die Zahl der Erwerbslosen in Polen ist in letzter Zeit erheblich gestiegen. Nach den Mitteilungen des polnischen statistischen Hauptamtes zählt man gegenwärtig 261 000 registrierte Arbeitslose.

Genossenschaftsbewegung in Pölnisch-Ober-Sachsen. Den Besuchen der großen Industriekongresse in Pölnisch-Ober-Sachsen wurde laut „Konkurrenz-Korrespondenz“ der Anstiegsvertrag zum 31. Dezember d. J. gekündigt. Die Verwaltungen wollen neue Verträge am 1. Januar 1926 mit herabgesetzten Gehältern abschließen.

Der australische Ueberschuss „müde“ ist. Der Gesamtwert des australischen Ueberschusses im Jahr 1924 betrug 519 Millionen Pfund Sterling gegen 216 Millionen Pfund Sterling im Jahre 1923-24. Die Steigerung ist auf die Erstarbung der australischen Industrie zurückzuführen. Den Verlust trägt Europa, zu einem großen Teile Deutschland.

Die „Beserrung“ der Außenhandelsbilanz. Der Einfuhrüberschub ist im November auf 65 Millionen Mark gewachsen gegen 28 Millionen im Oktober. Diese „Beserrung“ resultiert aber nicht aus einem Sinken der Einfuhr, sondern aus einem Sinken der Einfuhr an Lebensmittel und Rohstoffen. Die „Aktivität“ entspringt sich also als Auswirkung der Krise. Die reine Wareneinfuhr weist im November einen Rückgang um 218 Millionen Mark auf. Die Fertigwareneinfuhr sank gegen Oktober um 74 Millionen Mark, die der Halbfabrikate um 41 Millionen Mark. Auch die Fertigwareneinfuhr erfuhr gegen den Oktober einen Rückgang um 69,3 Millionen Mark. August 1925 der Still-